

36
75

Union in Deutschland

Bonn, den 4. September 1975

Steuererhöhungen der falsche Weg

Noch vor wenigen Monaten, vor den Landtagswahlen in NRW und an der Saar, hat Bundeskanzler Schmidt erklärt, der Zustand der Staatsfinanzen mache ihm keine Sorgen und der wirtschaftspolitische Aufschwung stehe vor der Tür. Jetzt hat die SPD/FDP-Regierung die erste Rate eines Offenbarungseides geleistet.

Dies stellte Helmut Kohl nach den Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand am 1. September in Bonn fest: Die Bundesregierung hat jetzt ein Programm vorgelegt, das sie als Sparprogramm bezeichnet. In Wirklichkeit ist dies jedoch kein Sparprogramm, sondern ein Programm zur Erhöhung von Steuern und Abgaben. Ich glaube nicht, daß dies ein vernünftiger Weg ist.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist in diesen konjunkturellen Tagen kein Mittel, Wirtschaft und Finanzen in unserem Land wieder in Ordnung zu bringen. Wir sagen deshalb ein ganz klares Nein dazu, notwendigen Einsparungen im gesamten Feld der Staatsausgaben auszuweichen und stattdessen den bequemeren und falschen Weg der Steuererhöhung zu gehen.

(Wortlaut der Erklärung von Helmut Kohl Seiten 5/6)

■ FINANZKRISE

Auf dem Rücken der Arbeitnehmer will die SPD/FDP-Bundesregierung die Folgen einer völlig verfehlten Finanz- und Wirtschaftspolitik austragen. Was von den jüngsten Beschlüssen der Bundesregierung zu halten ist, beschreibt eine Zusammenstellung von Kommentaren, Zitaten und Fakten in der Dokumentation

■ POLEN

Bei den jüngsten Abkommen der Bundesregierung mit der Volksrepublik Polen dürfen die alten Fehler nach Ansicht des Vorsitzenden des außen- und deutschpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Werner Marx, nicht mit neuen verdeckt werden.

Seite 4

■ BUNDESBAHN

Radikalkuren können, diese Meinung vertritt der Unionsabgeordnete im Bundestag, Jobst, keinesfalls ein geeignetes Mittel zur Sanierung der Deutschen Bundesbahn sein.

Seite 7/8

■ STAAT

Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes dürften nach Feststellung des innen- und rechtspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Vogel, nicht zu Prügeln für eine verfehlte Politik werden.

Seite 12

■ INFORMATIONEN

CDU verlangt gegen Grabert Disziplinarmaßnahmen

Ein Disziplinarverfahren gegen Bonns Botschafter in Wien, Horst Grabert, hat der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Reddemann, von der Bundesregierung verlangt. Diese hatte zugegeben, daß Grabert in seiner früheren Eigenschaft als Chef des Bundeskanzleramtes „Kontakte“ mit der Illustrierten „Stern“ im Zusammenhang mit einer „Stern“-Kampagne gegen den „Quick“-Redaktionsdirektor Heinz van Nouhuys gehabt hat. Laut Reddemann haben auch Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) „mehr als bedenkliche Kontakte“ zum „Stern“ gehabt, daß mit Material des nur für die Auslandsaufklärung zuständigen Dienstes „innenpolitische Aktionen durchgespielt worden“ seien.

JU bei Spaniens Christdemokraten

Mit Politikern der nicht zugelassenen spanischen christlich-demokratischen Parteien trafen der Bundesvorsitzende der Jungen Union Wissmann und einige andere JU-Führungsmitglieder in Barcelona zusammen. Die Zusammenarbeit mit den von Franco erlaubten politischen Assoziationen lehnt Wissmann ab. Dagegen setzt er sich für eine Zusammenarbeit mit den spanischen Christdemokraten ein, da diese nach seiner Meinung die Chance haben, in Zukunft einmal die stärkste Partei zu werden. Die Spanier sind daran interessiert, Organisationsfragen einer moder-

nen demokratischen Partei, Wahlkampfarbeit und die Tätigkeit der CDU-Sozialausschüsse in der Bundesrepublik kennenzulernen. Vorher hatte die JU-Delegation Gespräche mit Repräsentanten demokratischer Parteien Portugals in Lissabon.

Neuordnung der Zulassung zum Medizinstudium

Für ein berufsbezogeneres Ausleseverfahren bei der Zulassung zum Medizinstudium hat sich der Vorsitzende des Bundesfachausschusses für Gesundheit der CDU, Staatssekretär Prof. Dr. Beske, ausgesprochen. Die Eignung für den Arztberuf lasse sich nicht allein an guten Abiturnoten ablesen, meinte er und empfahl, bei der Auswahl der Bewerber durch die Hochschulen Eignungstests und eine berufspraktische Tätigkeit vor dem Studium anzuwenden.

Das Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichts, mit dem die bisherige Bonus-Malus-Regelung bei der Studienvergabe für verfassungswidrig erklärt wurde, zwingt nach Ansicht Prof. Beskes die Länder, bis zum Sommer 1976 eine endgültige, bundeseinheitliche Regelung zu finden.

Bundesregierung duldet Einmischung der DDR

Wie sich die ständige Unterstützung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und der von ihr gesteuerten Aktionen durch die DDR mit dem Grundvertrag vereinbaren lasse, der solche Einmischungen ausdrücklich verbiete, fragt die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag in einer Kleinen Anfrage. Außerdem möchte sie wissen, was die Bundesregierung gegen „diese Unterstützung verfassungsfeindlicher Zielsetzung

gen durch Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Landes“ zu unternehmen gedenke. Die Bundesregierung mache zwar seit Jahren Angaben über die „massive finanzielle, politische und ideologische Unterstützung der DKP und ihrer Gefolgsleute“ durch die DDR, tue jedoch nichts dagegen, erklärte Friedrich Vogel, Vorsitzender des innen- und rechtspolitischen Arbeitskreises der Fraktion.

Koordinierung mit US-Energiepolitik

Gegen antiamerikanische Tendenzen, wie sie in der Entwicklungspolitik von Bundesminister Bahr zum Ausdruck kämen, wandte sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und forderte weitgehende Koordinierung in Fragen der Entwicklungs- und Rohstoffpolitik mit den USA. Dies sei im Hinblick auf die zur Zeit stattfindende UNO-Sonderkonferenz und die Weiterführung der Pariser Energiekonferenz unabdingbar.

Bonns Ausgaben für die Gemeinschaft steigen

Die Zahlungen der Bundesrepublik an die Europäische Gemeinschaft erhöhten sich von 1974 bis 1975 um knapp hundert Prozent, d. h. von 1,9 auf 3,8 Milliarden DM. Bis Jahresende wird Bonn für 1975 insgesamt 6,9 Milliarden nach Brüssel gezahlt haben. Lediglich 3,1 Milliarden werden von der Gemeinschaft in die Bundesrepublik fließen. Ursache für das Ansteigen der deutschen Nettoleistungen in die Gemeinschaftskasse sind vor allem die Agrarausgaben, die Zahlungen für einen Europäischen Regionalfonds und für den Hilfsfonds zugunsten der ärmsten Entwicklungsländer.

STICHWORTE

Nur Teilzeitarbeit

suchen 139 000 von insgesamt 1 035 235 Arbeitslosen.

Jeder dritte

der 23 000 Zivildienstplätze ist zur Zeit noch vakant. Von diesen 8 000 freien Plätzen entfallen 1 000 auf den diakonischen Bereich, der 25 Prozent aller Zivildienstplätze umfaßt.

Wieviel Millionen

eine Milliarde hat, wissen nur 39 Prozent aller Wahlberechtigten, stellte das Wickert-Institut fest.

Die Zahl der Konkurse

ist im ersten Halbjahr 1975 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1974 um 27,3 Prozent gestiegen.

Berufstätig sind

die Mütter von fünf Millionen Kindern unter 15 Jahren. Darunter 1,5 Millionen unter sechs und 590 000 Kinder unter drei Jahren. Jedoch: Nur 32,7 Prozent der Mütter mit drei und mehr Kindern sind erwerbstätig.

15 000 Mark Monatsgehalt

erhalten die parlamentarischen Staatssekretäre. Ihre Anzahl stieg unter der SPD/FDP von sieben auf zwanzig.

Um das Neunfache

gestiegen ist seit 1960 der Agrarexport aus der Bundesrepublik.

Von allen gemeldeten

Arbeitslosen erhalten nur 64,3 Prozent Unterstützung. Die anderen haben keinen Anspruch darauf, weil sie vorher eine nicht versicherungspflichtige Tätigkeit ausübten.

■ POLEN-VERTRÄGE

Alte Fehler nicht mit neuen verdecken

Der Geist von Helsinki, zum Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vielstimmig beschworen, hat offenbar die Volksrepublik Polen noch nicht erreicht. Wer trotz aller sachlicher Bedenken gehofft hatte, daß das deutsch-polnische Abkommen ein Durchbruch zu einer ernstzunehmenden Verständigung sein würde, wird durch die Behandlung des Abkommens durch die polnische Regierung gegenüber der eigenen Öffentlichkeit eines Besseren belehrt.

Mit Bedauern muß, erklärt der Vorsitzende des außen- und deutschlandpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Werner Marx, festgehalten werden, daß die Kommunistische Partei Polens

① ihrer Bevölkerung die Motive der Vereinbarungen zwischen Schmidt und Gierek vorenthält,

② die pauschale Rentenzahlung sofort — wie von der Bonner Opposition vorausgesagt — als Zahlung an die polnische Regierung (keineswegs an die einzelnen Berechtigten) deklariert,

③ die außergewöhnlich günstigen Bedingungen für den Milliardenkredit, wie sie die Bundesregierung bisher keinem Freund gewährt hat, verschweigt,

④ die Aussiedlungsmöglichkeiten der Deutschen wiederum und lediglich auf Familienzusammenführung einengt. Da-

mit ist die Behauptung der Bundesregierung, sie habe durch eine besondere Klausel die Aussiedlungsmöglichkeit — jener vielen Zehntausenden, die nicht von der jetzt vereinbarten Zahl von 125 000 erfaßt werden, gewahrt, durch den Vertragspartner sofort und empfindlich korrigiert.

Aus diesen Feststellungen werden sich eine Fülle von Fragen an die Bundesregierung ergeben, die befriedigend beantwortet werden müssen, bevor Gescher in Polen einen erneut schlecht ausgehandelten Vertrag unterschreibt.

Jedenfalls hat die polnische Seite bereits vor dieser Unterschrift in drastischer Deutlichkeit ihr Verständnis von Inhalt und Wirkung der vertraglichen Regelung dargelegt. Die Bundesregierung wird daran nicht achselzuckend vorbeigehen können. Sie darf nicht erneut dabei mitwirken, daß Vereinbarungen zu neuen Streitigkeiten Anlaß geben. Sie darf nicht erneut horrenden Summen für Leistungen ausgeben, die durch die früheren Verträge bereits hätten erbracht werden müssen. Sie muß auch eingestehen, daß sie auf dem Wege ist, die groben Fehler des Vertrages vom 7. Dezember 1970 durch neue Fehler verdecken zu wollen.

Die CDU/CSU hatte immer auf die Notwendigkeit hingewiesen, mit Polen zu einem erträglichen Verhältnis zu kommen. Sie ist nach wie vor daran interessiert, vernünftige Vereinbarungen, die auf Ehrlichkeit gegründet sind, und die nicht neue Schwierigkeiten und Forderungen provozieren, zuzustimmen.

Nach Lage der Dinge und nach der vorliegenden groben polnischen Interpretation wird es der Bundesregierung schwerfallen, schlüssig nachzuweisen, daß die in Helsinki getroffene Abmachung einen Fortschritt darstellt und ausgewogen ist.

■ BESCHLÜSSE DER BUNDESREGIERUNG

Helmut Kohl:

Die erste Rate des Offenbarungseides der SPD/FDP

Nach der Sitzung des Bundesvorstandes am 1. September 1975 in Bonn gab der Parteivorsitzende Helmut Kohl vor der Presse folgende Erklärung zu den Finanzbeschlüssen der Bundesregierung ab:

Es ist nun keine Rede mehr von einem Aufschwung noch in diesem Jahr; es ist keine Rede mehr von der Chance, auf irgendeine geheimnisvolle Art das Defizit der Öffentlichen Kassen — Bund, Länder und Gemeinden — schließen zu können. Das, was jetzt vor uns steht, ist die erste Rate eines Offenbarungseides. Dies ist die Stunde der Wahrheit. Jeder Bürger wird jetzt, wenn auch nur ratenweise, in einer ganz nahen Zukunft über die wirkliche Lage umfassend informiert werden.

Das Programm der Regierung wurde angekündigt als ein Sparprogramm. Eine genaue Analyse ergibt, daß es weniger ein Sparprogramm ist, sondern ein Programm zur Erhöhung von Steuern und Abgaben.

Die vorgelegten Daten sprechen hier eine eindeutige Sprache. Die Regierung geht davon aus, daß über die Einsparung gesetzlicher Leistungen vier Mrd. DM erwirtschaftet werden und daß durch die Erhöhung von Steuern und Abgaben in zwei Stufen insgesamt 17 Mrd. DM erbracht werden sollen.

Die CDU verkennt nicht, daß in Teilen dieses Programms ein Stück Umkehr zu erkennen ist. Aber das ist noch lange nicht der Weg zur wirklichen Lösung. Dazu gehört, daß die Regierung entscheidend sagt, was sie will, dazu gehört vollständige Klarheit in der Konzeption der Wirtschaftspolitik: Klarheit hinsichtlich mancher sozialistischer Indoktrinationsvorstellungen, Klarheit über die Belastungsquote, die die Unternehmen, die Wirtschaft in absehbarer Zeit trifft. Denn das ist entscheidend, wenn eine Investitionsfreudigkeit in unserem Lande wieder aufkommen soll.

Ich will zu drei Punkten kurz eine Bemerkung machen:

1. Steuererhöhungen

Die CDU hält nach unseren heutigen Beratungen — und zwar alle ohne Einschränkungen

gen —, die Erhöhung der Mehrwertsteuer für falsch; aus prinzipiellen Gründen und vor allem aus Gründen der gegenwärtigen konjunkturpolitischen Lage.

Ich weiß nicht, was die Regierung dazu befähigt, den Termin zum 1. Januar 1977 für besonders qualifiziert für dieses Einführungsdatum zu nennen.

Niemand von uns weiß, wie das Konjunkturklima dann sein wird. Wir haben die starke Besorgnis, daß allein schon die jetzt getroffene Ankündigung den Prozeß, die Wirtschaft, wieder anzukurbeln, nicht erleichtert. Wir werden sehr sorgsam prüfen, inwieweit im Bereich der geplanten Steuererhöhungen bei Tabak und Branntwein eine vernünftige Lösung zu sehen ist.

2. Haushaltskürzungen

Was jetzt global bekanntgegeben wurde, macht offenkundig, daß die zuständigen Ministerien selbst noch nicht wissen, wie sie diese globalen Ansätze verteilen wollen.

Deshalb ist es sehr schwer, in dieser Stunde eine abschließende Stellungnahme bekanntzugeben. Aber ich will deutlich sagen, daß wir selbstverständlich bereit sind, sehr genau die wirklichen Angaben der Regierung, sobald sie vorliegen, sehr nüchtern zu prüfen.

Dann werden wir sagen, was wir im einzelnen davon im Detail halten.

3. Anhebung des Arbeitslosenbeitrages

Sie stößt wegen ihrer erheblichen Auswirkung auf die Arbeitnehmerschaft und auf die betreffenden Betriebe auf erhebliche Bedenken.

Es ist jetzt notwendig, daß die Regierung einen zweiten entscheidenden Schritt zur Offenlegung der Finanzen und der finanziellen Zukunft unseres Landes tut, daß sie weitere Einsparungsvorschläge zur Sanierung der öffentlichen Finanzen vorlegt.

Wir erinnern beispielsweise den Herrn Bundeswirtschaftsminister an seine Rede vor dem Bundesvorstand der FDP, in der er in sehr deutlichen Worten auf die Dimensionen der notwendigen Einsparungen hingewiesen hat. Bei den jetzt vorgelegten Beschlüssen ist von diesen Ankündigungen fast nichts mehr übriggeblieben.

Die CDU hat in den letzten Tagen erklärt, daß wir uns nicht als eine Art von Hilfsmotor der Bundesregierung verstehen. Dies ist nicht unseres Amtes. Dennoch sind wir eine der großen unseren demokratischen Staat tragenden demokratischen Parteien und aus diesem Grunde auch verpflichtet, die Angaben und die Vorschläge der Regierung zu prüfen.

Wir werden uns selbstverständlich vorbehalten, in dem einen oder anderen Punkte unsere eigenen Vorschläge zu machen. Ich hoffe sehr, daß wir in einer sehr nahen Zukunft, was die Regierung betrifft und was auch die Opposition betrifft, eine klare Aussage haben, damit jeder weiß, woran er wirklich ist.

■ BUNDESBAHN

Radikalkuren sind kein Konzept zur Gesundung

Die Verkehrspolitik der Bundesregierung hat einen Tiefstand erreicht. Es sieht nach einem lustlosen Schlußverkauf aus — es wird reduziert und reduziert. Nachdem der Bundesfernstraßenbau in den letzten Jahren bereits rückläufig war, hat der Bundesverkehrsminister nach Ansicht des Unionsabgeordneten Dionys Jobst jetzt für die kommenden Jahre eine weitere Reduzierung angekündigt. Auch die Deutsche Bundesbahn soll einen großen Teil ihres Streckennetzes abstoßen. Bundeskanzler Schmidt hatte bereits 1974 einen Abbau des Schienennetzes der Bahn um 10 000 km gefordert.

Jetzt werden noch weiterreichende Modellvorschläge vom Bundesbahn-Vorstand erarbeitet. Vor zwei Jahren hatte der Vorstand der Bahn noch ein Expansionsmodell für die Schiene als einzige Möglichkeit zur Sanierung des Unternehmens vorgelegt.

Die Absichten der Bundesbahnführung sind von weitreichender Bedeutung. Es geht um Kernfragen der Verkehrspolitik. Durch die mehrfachen Modellankündigungen über ein künftiges optimales Streckennetz der Bahn mit der Folge von drastischen Stilllegungen werden die Wirtschaft verunsichert, die Bevölkerung in den ländlichen Räumen geschockt und die Eisenbahner in große Unruhe versetzt. Die Bundesregierung stellt jetzt diese „Rette-sich-wer-

kann“-Verkehrspolitik als unausweichliche Notwendigkeit heraus. Die verkehrspolitische Misere ist aber zum größten Teil die Folge einer verfehlten Verkehrspolitik der SPD-Verkehrsminister.

Unter der verkehrspolitischen Verantwortung der CDU/CSU hat die Bundesbahn durch Rationalisierung rd. 120 000 Beschäftigte eingespart. Damals konnte die Bahn rd. 30 Prozent ihrer jährlichen Aufwendungen investieren. Die SPD-Verkehrsminister haben diesen Kurs gestoppt. Der Personalstand der Bahn ist wieder um 40 000 Personen gestiegen, die Investitionsquote der Bahn dagegen sank kontinuierlich bis auf weniger als 15 Prozent. Die Bundesbahn ist in den letzten 5 Jahren mit atemberaubender Geschwindigkeit in die roten Zahlen gefahren. Sie nähert sich Verulddimensionen, die den Verkehrshaushalt des Bundes sprengen.

Der Zuschußbedarf der Bahn aus dem Bundeshaushalt wird vom Vorstand der Bundesbahn für 1979 bereits mit 17 Mrd. DM veranschlagt. In diesem Jahr beträgt er rund 11 Mrd. DM. — Die CDU/CSU hat immer vor der Euphorie des Leber-Plans gewarnt. SPD-Verkehrsminister Leber wollte die Bahn mit einer Mengenkonzunktur gesunden. Der Plan ist restlos gescheitert. Die CDU/CSU hat wiederholt ein realistisches Sanierungsprogramm für die Bahn gefordert. Im Herbst 1973 hat die CDU/CSU-Fraktion ein Bundesbahn-

konzept mit klaren Leitlinien für die Bahn vorgelegt.

Die Bundesregierung läßt gegenwärtig die Öffentlichkeit über ihren bundesbahnpolitischen Kurs völlig im Unklaren. Von der wachsenden Bedeutung der Schiene, von der Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung 1973 noch gesprochen hat, ist jedenfalls bei allen derzeitigen verkehrspolitischen Überlegungen der Bundesregierung nichts mehr zu spüren. Die Bundesregierung muß sich jetzt klar äußern was sie will, ob sie das Schrumpf-Konzept der Bahn-Spitze billigt.

Vor Abenteuer gewarnt

Vor einem verkehrspolitischen Abenteuer wird von der CDU/CSU in aller Deutlichkeit gewarnt. Es stellt sich die zentrale Frage: bringen Streckenreduzierungen die erhofften wirtschaftlichen Verbesserungen bei der Bahn? Die CDU/CSU ist der Meinung, daß bloße Streckenstilllegungen kein Konzept zur Gesundung der Bahn sind. Es ist ein Trugschluß zu glauben, das Ausmaß stillgelegter Strecken ergäbe proportional entsprechende Verlustminderungen.

Der Hauptkostenfaktor bei der Bahn ist die Personalintensität mit 72 % Personalausgaben von den gesamten Ausgaben. Diese Kostenstrukturen liegen nicht auf den Nebenbahnen, die personell weitgehend entblößt sind. So beträgt z. B. das Defizit — wobei die Rechnung der Bahn zugrunde gelegt wird — für die Nebenbahnen im ostbayerischen Raum etwa jährlich 15 Mio. DM. Das S-Bahn-Netz im Raum München erfordert aber in diesem Jahr einen Zuschuß von nahezu 400 Mio. DM.

Ohne Investitionen ist das Problem

Bahn daher nicht zu lösen. Investitionen mit erhöhter Ertragskraft müssen durchgeführt werden. Notwendig für die Bahn ist deshalb ein umfassendes Sanierungskonzept mit einem Investitionsprogramm und einem Finanzierungsprogramm. Die Verlustminderung bei der Bahn darf nicht auf Kosten und zum Nachteil der Nicht-Ballungsräume, vor allem der peripheren Gebiete erfolgen. Die Bundesregierung muß deshalb Auf-fang-Konzepte vorlegen und sagen, welches Leistungsangebot an Verkehrsmitteln und zu welchen Preisen die Bürger und die Wirtschaft in den ländlichen Gebieten erhalten soll. Um dieses Wirrwarr in der Verkehrspolitik zu beenden und die Unsicherheit für die betroffene Bevölkerung wie auch für die Eisenbahner zu beseitigen, hat die CDU/CSU-Fraktion einen Antrag zur Deutschen Bundesbahn im Bundestag eingebracht, mit dem die verantwortliche Bundesregierung veranlaßt wird, ihre Entscheidung hinsichtlich negativer Rationalisierungen bei der Bahn auf den Tisch zu legen.

Investitionen prüfen

Gleichzeitig ist es höchste Zeit, daß die Bundesregierung den Rahmen zukünftiger Investitionen bei der Bahn absteckt. Die Ausgleichszahlungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen müssen endlich auf die dafür unmittelbar zuständigen Ressorts übertragen werden.

Die Deutsche Bundesbahn ist auch in Zukunft notwendig, die deutsche Volkswirtschaft braucht ein leistungsfähiges Eisenbahnunternehmen. Es kann auch auf die Bahn als ein Instrument, das Aufgaben des Gemeinwohls erfüllt, nicht verzichtet werden. Die Bundesbahn darf deshalb nicht leichtfertig zerstört werden.

■ KOALITION

Jusos attackieren Karlsruher Urteil

Zu heftigen Debatten über den Radikalerlaß wird es voraussichtlich auf dem Mannheimer SPD-Parteitag kommen. Der Bundesausschuß der Jungsozialisten hat in Bonn eine scharfe Attacke auf das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (vgl. UjD 32/33) veröffentlicht und angekündigt, die Jusos würden sich auf allen Ebenen der Partei in aufeinander abgestimmten Aktivitäten dafür einsetzen, daß der gemeinsame Radikalerlaß von Bund und Ländern von 1972 zumindest durch den Hannoveraner Parteitagbeschuß der SPD ersetzt werde. Kernsätze dieses Beschlusses sind, daß die Mitgliedschaft in einer „nicht verbotenen Partei“ einer Mitarbeit im öffentlichen Dienst nicht entgegenstehe. Dies gelte auch für die Mitgliedschaft in einer anderen nicht verbotenen Organisation.

SPD bedroht Unabhängigkeit der Rundfunkanstalten

Die SPD hat offensichtlich an die ihr nahestehenden Rundfunk- und Fernsehjournalisten die Devise ausgegeben, in den nächsten Monaten Ministerpräsident Filbinger und die von ihm geführte CDU-Landesregierung besonders anzugreifen. Dies erklärte der stellvertretende CDU-Vorsitzende und Vertreter der baden-württembergischen Landesregierung in Bonn, Eduard Adorno. Linksorientierte Fernsehredaktionen, vornehmlich WDR und NDR, hätten sich in den letzten Wochen bevorzugt mit der Stuttgarter Landesregierung befaßt. Die

SPD habe damit bewiesen, welchen bundesweiten Einfluß sie in den Funkhäusern besitze. Die Öffentlichkeit möge daran erkennen, von wo die eigentliche Gefahr für die Unabhängigkeit des Rundfunks drohe.

Frankfurter SPD setzt Fraktion unter Druck

Das imperative Mandat wird einmal wieder von den Linken der Frankfurter SPD praktiziert, die ihre Landtagsfraktion mit scharfer Kritik an der Vereinbarung der Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers gegen die Beschäftigung Radikaler im öffentlichen Dienst und mit der Mahnung unter Druck setzen, „darüber zu wachen, daß die zuständigen hessischen Landesbehörden die Grundsätze eines rechtsstaatlichen Verfahrens strikt einhalten“.

Bäuerles Auflehnung nur ein Einzelfall?

Unruhe in der SPD. Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Bäuerle (Offenbach/Dieburg) will die Erhöhung der Mehrwertsteuer von elf auf dreizehn Prozent im Bundestag ablehnen. Sparpläne seien zwar zu unterstützen, die indirekte Besteuerung sei jedoch die „unsozialste und ungerechteste Steuerart für die Arbeitnehmer“. Der linksstehende „Express“ hierzu: „Ein Einzelfall in der SPD oder nur ein einzelner, der offen ausspricht, was viele seiner Kollegen denken? Das Letztere scheint der Fall.“

Lebers „Verzicht“ auf seinen Wahlkreis

Dem massiven Druck des linken Frankfurter SPD-Parteiflügels nachgebend,

hat Georg Leber auf eine erneute Kandidatur in seinem Frankfurter Bundestagswahlkreis verzichtet und damit seinem einzigen Gegenkandidat, dem ehemaligen Juso-Bundesvorsitzenden Karsten Voigt, kampfflos das Feld geräumt. Der Verteidigungsminister begründete gegenüber den 23 Ortsvorsitzenden seines Wahlkreises den Entschluß damit, daß sein Amt, „eines der schwierigsten in Europa“, ihm nicht mehr genügend Zeit zur Betreuung seines Wahlkreises lasse. (Vgl. Zitat Seite 16)

Ärger in der FDP über Personalpolitik

Die Personalpolitik der niedersächsischen FDP-Führung löst bei der Parteibasis zunehmend Unzufriedenheit aus. Unter Hinweis auf die Berufung des erst kürzlich aus Bayern nach Niedersachsen übersiedelten Oberkirchenrats Roepke als FDP-Vertreter in den NDR-Rundfunkrat meinte das Mitteilungsblatt der hannoverschen FDP, die eigenen Parteimitglieder seien mit dieser Entscheidung verärgert worden. Das Parteiorgan weist darauf hin, daß die FDP-Führung auch die beiden Staatssekretäre, die sie in der Landesregierung stelle, von außerhalb geholt und sich ferner außerhalb Niedersachsens nach Ministerkandidaten umgesehen habe.

Ämterpatronage groß geschrieben

Es wird immer mehr ersichtlich, daß sich Bundesforschungsminister Matthöfer nicht so sehr als Minister für Forschung und Technologie dem Bundestag gegenüber verantwortlich fühlt, sondern mehr gegenüber seinen Freunden in den Gewerkschaften, erklärt der forschungspolitische Sprecher der

CDU/CSU, Christian Lenzer zur Ämterpatronage für Gewerkschaftsfreunde durch den Bundesminister. Eklatant deutlich wird dies am Fall der Benennung von Professor Pöhler vom DGB und weiteren neun Mitarbeitern aus dem gleichen Kreis für die Projektleitung des von der Bundesregierung durchgeführten Programms „Humanisierung der Arbeitswelt“. Ohne Ausschreibung besetzt Minister Matthöfer diese Stelle mit seinem Duzfreund. Die CDU/CSU verurteilt entschieden diese Art von Ämterpatronage und fordert, die vorliegenden Verträge nicht zu unterzeichnen.

CDU will Wehners Guillaume-Aussage prüfen

Eine Überprüfung der Aussagen von Herbert Wehner und Horst Ehmke (beide SPD) vor dem Guillaume-Ausschuß hat der hessische CDU-Bundestagsabgeordnete Walter Wallmann gefordert. Wallmann war seinerzeit Vorsitzender dieses Ausschusses. Er betonte, die schlimmsten Befürchtungen der CDU/CSU über den Umfang der von Guillaume verratenen Geheimnisse seien nach der bisherigen Beweisaufnahme im Düsseldorfer Spionageprozeß übertroffen worden. Dabei seien auch die „Verschleierungs- und Vertuschungsversuche führender Sozialdemokraten erkennbar entlarvt“ worden.

Zu guter Letzt

„Ich kann mir nicht vorstellen, wie eine SPD in den nächsten Wahlen mit mehr als einer Million Arbeitslosen und einem Reformdefizit bei Mitbestimmung und beruflicher Bildung vor die Bürger treten will.“
DGB-Chef Heinz Oskar Vetter

■ 25 JAHRE VERTRIEBENEN-CHARTA

Dokument des Gewaltverzichts und der Menschenwürde

Den 25. Jahrestag der Verabschiedung ihrer Charta hat der Bund der Vertriebenen in Stuttgart-Bad Cannstadt gedacht. In einer Festversammlung wurde hervorgehoben, daß diese Charta in die Reihe der bedeutendsten Dokumente der Nachkriegszeit einzuordnen ist, die Gewaltverzicht, Menschenrechte und Menschenwürde in den Mittelpunkt stellen.

Den meisten Beifall erhielt bei seinem Einzug in den Festsaal einer, der gar nicht auf der Rednerliste stand: Helmut Kohl, CDU-Bundesvorsitzender und rheinland-pfälzischer Ministerpräsident, der überraschend nach Stuttgart-Bad Cannstatt gekommen war, um seine Verbundenheit mit den Heimatvertriebenen zu unterstreichen.

Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger würdigte in seiner Gedenkrede die Entscheidung von Millionen vertriebener Deutscher für die freiheitliche Demokratie, ohne die nach seinen Worten ein freiheitlich-demokratischer Staats- und Gesellschaftsaufbau in der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich gewesen wäre.

Filbinger bezeichnete die Charta der deutschen Heimatvertriebenen mit ihrem Verzicht auf Rache und Vergeltung als die erste Gewaltverzichtserklärung der Nachkriegszeit und als eine politische Willensbekundung, die auch die Bereitschaft zur Versöhnung mit den

Völkern Südost- und Ost-Mitteleuropas einschließe.

Allerdings bemängelte Filbinger auch im Blick auf das außenpolitische Geschehen der letzten Jahre „mit äußerstem Befremden“, daß die Bundesregierung es unterlassen habe, dieses Dokument der Menschlichkeit bei den Verhandlungen über die Ostverträge zur Geltung zu bringen.

Auf die moralische Verpflichtung der Charta wies der Präsident des Bundes der Vertriebenen Dr. Herbert Czaja hin, die an hervorragender Stelle auch die Mitverantwortung für „unsere unfreien Nachbarn“ nenne. Davon ausgehend, daß die Teilung der Deutschen nicht ewig dauern könne, erklärte Czaja, solange wir frei seien, würden wir um das politische und rechtliche Offenhalten der ganzen deutschen Frage zu einem gerechten und tragbaren Ausgleich ringen, für das freie Zusammenleben der Deutschen, für die freie Selbstbestimmung unseres Volkes über die Einheit Deutschlands.

Als Vertreter der Bundesregierung meinte Bundesinnenminister Maihofer, mit der Erinnerung an die Charta der Heimatvertriebenen sei es ähnlich wie bei den nationalen Gedenktagen des 17. Juni 1953 und des 20. Juli 1944 im Geschichtsbuch unseres Volkes, es sind nicht die glänzenden Kapitel des Gelingens, sondern die düsteren Kapitel des Scheiterns aufgeschlagen.

■ STAAT

Öffentlicher Dienst kein Prügelknabe für schlechte Politik

„Realistische Schritte zur Reform des öffentlichen Dienstes“ fordert der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik der Fraktion, Friedrich Vogel. Zur notwendigen Klarstellung der Proportionen erinnert er daran, daß kein moderner Staat existieren kann ohne öffentlichen Dienst, und daß nicht überall ein so hoher Grad an Korrektheit, Sachkunde und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes nach wie vor selbstverständlich ist wie bei uns.

Deshalb soll nicht versucht werden, die öffentlichen Beschäftigten zu Prügelknaben einer schlechten Politik zu machen, für die sie nicht verantwortlich sind. Als realistische Reformschritte werden statt dessen genannt:

① Straffung der öffentlichen Aufgaben und des öffentlichen Dienstes. Ernstzunehmende Vorschläge für den öffentlichen Dienst müssen die vorliegenden Gutachten, Fakten und Zahlen berücksichtigen, insbesondere das auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU zur Entwicklung der Besoldungs-, Vergütungs- und Versorgungsausgaben von der Bundesregierung am 5. Mai 1975 vorgelegte Zahlenmaterial.

② Begrenzung unsichtbarer Besoldungs- und Tarifverbesserung. Nach den Tabellen der Bundesregierung entfällt die Steigerung des Aufwandes je ein-

zelnen Beschäftigten zu mindestens 20 bis 25 % auf „strukturelle Verbesserungen“ außerhalb der durch Gesetz oder Tarifvertrag offen vorgesehene allgemeinen Erhöhungen.

③ Vereinheitlichung der Rechtsverhältnisse auf der Grundlage eines modernen Beamtenrechts. Forderung der CDU im Berliner Programm. Als Nahziel muß das Nebeneinander von Beamten, Angestellten oder Arbeitern in den Fällen abgebaut werden, in denen sie gleiche Funktionen wahrnehmen.

④ Interessenausgleich ohne Streik. Ausbau des Beteiligungsverfahrens für die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen bei der Vorbereitung von Änderungen des Beamten-, Richter- und Soldatenrechts an Stelle des für Beamte, Richter und Soldaten nicht zulässigen Streikrechts (Gesetzentwurf der CDU/CSU vom 8. April 1974).

⑤ Leistungsgerechtes Laufbahn- und Besoldungsrecht. Baldiger Erlass der im neuen Bundesbesoldungsgesetz vorgesehenen „Funktionszuweisungs-Verordnungen“. Durch eine aus der Praxis gewonnene, typisierende Bewertung von Dienstaufgaben soll der „Stellenschlüssel“ mit seinen großen Unzulänglichkeiten abgelöst werden. Dabei mag es Hebungen, aber ebenso Herabstufungen von Dienstaufgaben geben.

⑥ Leistungsprinzip bei Personalentscheidungen: Konkrete Schritte insbesondere: Ausschreibung von Beförderungsstellen; Beibehaltung von Prüfungen und Objektivierung der laufenden dienstlichen Beurteilungen, z. B. durch Beurteilungsgremien aus mehreren Vorgesetzten, die jeweils eine größere Zahl von Beschäftigten gleichzeitig beurteilen; verstärkte Aufmerksamkeit der Personalräte bei ihrer gesetzlichen Beurteilung.

REFORM-VORSCHLAG

Untersuchungsausschüsse kein Ort für Parteienkonflikte

Die Erfahrungen mit den beiden Untersuchungsausschüssen des Bundestages in der siebten Wahlperiode haben wieder einmal gezeigt, daß das Parlament eines geeigneten Untersuchungsverfahrens zur Aufklärung von umstrittenen Sachverhalten bedarf. Ausgehend von der Erkenntnis, daß ein solches parlamentarisches Untersuchungsverfahren kein gerichtsähnliches, sondern der Aufklärung tatsächlicher Sachverhalte unter politischen Gesichtspunkten dienendes Verfahren ist, hat auf die Anregung des CDU-Bundestagsabgeordneten Carl Otto Lenz hin die Enquete-Kommission Verfassungsreform ein neuartiges Untersuchungsverfahren beschlossen.

Dieses berücksichtigt, daß in der Regel auf der einen Seite eines Untersuchungsausschusses diejenigen stehen, die sich von der Aufklärung der gestellten Fragen einen politischen Vorteil versprechen, und auf der anderen Seite jene, die davon einen politischen Nachteil befürchten müssen.

Die Schwerpunkte der Kommissionsempfehlungen liegen auf zwei Gebieten: Zum einen soll der Vorsitzende aus seinem Dilemma befreit werden, einerseits für ein unparteiisches Verfahren zu sorgen, andererseits eine Parteirolle ausüben zu müssen. Die Kommission befürwortet deshalb, den Vorsitzenden

auf eine neutrale und faire Verhandlungsführung zu beschränken und ihm kein materielles Stimmrecht zu geben. Zum anderen empfiehlt die Kommission eine wesentliche Verstärkung der Minderheitsrechte.

Der Untersuchungsausschuß soll künftig außer aus dem neutralen, nicht stimmberechtigten Vorsitzenden, aus höchstens neun stimmberechtigten Mitgliedern bestehen. Im Untersuchungsausschuß soll jedes Mitglied das Recht haben, zusammen mit einem weiteren Mitglied Beweisanträge zu stellen, sonstige Anträge zu stellen, Fragen an Auskunftspersonen zu richten und seine Auffassung über Ablauf und Ergebnis des Untersuchungsverfahrens im Schlußbericht an den Bundestag niederzulegen.

Der Vorsitzende, der Parlamentarier sein muß, aber nicht die Befähigung zum Richteramt zu besitzen braucht, wird vom Bundestag nach der Stärke der Fraktion gewählt.

Auf der Grundlage dieser Beschlüsse der Enquete-Kommission Verfassungsreform hat Lenz nunmehr — unterstützt von der Fachkommission Verfassungsrecht des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) — einen Entwurf eines Gesetzes über das Untersuchungsverfahren des Deutschen Bundestages sowie einen Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Artikel 44 GG, der die Untersuchungsausschüsse betrifft, vorgelegt.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Hinweis für Materialbesteller

Die im UID 32/33 1975 angebotenen Spendenquittungsblöcke werden nur an CDU-Landes- und Kreisverbände geliefert.

Neu im Angebot

**100 000 Frauen
in der CDU**



**Alternative 7
CDU**

Wandzeitung

100 000 Frauen in der CDU
Ausführung: DIN A 2 quer, 2farbig,
Rot/Schwarz
Mindestabnahme: 25 Stück
Preis: 4,50 DM je 25 Expl.

Bestell-Nr. 7373

Serie: Argumente – Dokumente – Materialien

Die Finanzkrise des Bundes

Umfang: 12 Seiten
Mindestabnahme: 25 Stück
Preis: 0,18 DM je Expl.
Bestell-Nr. 5368

Verbraucherschutz

Umfang: 8 Seiten
Mindestabnahme: 25 Stück
Preis: 0,17 DM je Expl.
Bestell-Nr. 5372

Der Bundesrat

Mindestabnahme: 25 Stück
Preis: 0,17 DM je Expl.
Bestell-Nr. 5371

Freizeit in einer freien Gesellschaft

Umfang: 8 Seiten
Mindestabnahme: 25 Stück
Preis: 0,12 DM je Expl.
Umfang: 8 Seiten
Bestell-Nr. 5370



Mannheimer Erklärung

Die Neue Soziale Frage

Innen- und Außenpolitik aus einem Guß

Die neue Politik der CDU ist ein Ergebnis der Zusammenarbeit von Innen- und Außenpolitik. Die CDU ist eine Partei, die sich für die Interessen der Bürger einsetzt. Die CDU ist eine Partei, die sich für die Interessen der Bürger einsetzt. Die CDU ist eine Partei, die sich für die Interessen der Bürger einsetzt.

Alternative 76
CDU

Faltprospekt vom Mannheimer Parteitag

Die nebenstehende Abbildung zeigt zwei Innenseiten des 6seitigen Faltprospektes. Er enthält in Kurzfassung die Ergebnisse des Mannheimer Parteitages. Der Prospekt eignet sich sowohl von seinem Inhalt wie auch von der Gestaltung her vorzüglich zur Verteilung bei Informationsveranstaltungen und Aktionen der Kreis-, Stadt- und Gemeindeverbände.

Mindestabnahme: 1 000 Exemplare
Preis: 20,90 DM pro 1 000 Expl.
Bestell-Nr. 2361

Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 483 Gütersloh 1, Postf. 6666, Telex 9 33 753 iserv d.
Alle Preise verstehen sich inkl. Verpackungskosten zuzüglich Porto- bzw. Frachtkosten und Mehrwertsteuer.

TERMINE

- 5./6. 9. **CDU — Bund, BFA für Sicherheitspolitik, Tutzing**
- 5./7. 9. **JU — Bund, Internationale Konferenz der COCDYC, Bonn**
- 6. 7. 9. **JU — Bund, Bundesvorstand, Bonn**
- 10. 9. **Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU — Bund, Bundesvorstand, Bremen**
- 11. 9. **CDU — Bund, Frauenvereinigung, Vorstand, Bremen**
- 12. 9. **LV Braunschweig, Landesauschuß, Salzgitter**
- 12. 9. **EAK der CDU/CSU — Bund, Bundesvorstand, Baden-Baden**
- 12./13. 9. **EAK der CDU/CSU — Bund, Regionaltagung Süd, Baden-Baden**
- 13. 14. 9. **JU Saar, Landestag**
- 15. 9. **CDU — Bund, Präsidium, Bremen**
- 16./18. 9. **CDU — Bund, Landesgeschäftsführerkonferenz, Bad Krozingen**
- 18. 9. **Union der Vertriebenen und Flüchtlinge — Bund, Vorstand, Bonn**
- 19. 9. **CDU — Bund, BFA „Wirtschaftspolitik**
- 19. 9. **LV Schleswig-Holstein, Kreisgeschäftsführerkonferenz, Kiel**
- 19. 9. **LV Berlin, Landesvorstand**
- 19. 9. **LV Berlin, Landesauschuß**
- 19./20. 9. **BV Württ.-Hohenzollern, Bezirksparteitag, Albstadt**
- 19./21. 9. **Exil — CDU, Deutschlandpolitische Regionaltagung, Emden**
- 25. 9. **CDU — Bund, Fachkommission „Ehe- und Familienrecht“ im BACDJ, Bonn**
- 26. 9. **LV Rheinland, Landesvorstand, Köln**
- 27. 9. **LV Hessen, Sozialausschüsse, Landestagung**
- 27. 9. **LV Baden-Württemberg, Sozialausschüsse, Landestagung, Singen**
- 27. 9. **LV Rheinland-Pfalz, Frauenvereinigung, Landestag, Worms**
- 27. 9. **LV Schleswig-Holstein, Landesvorstand, Kiel**
- 27./28. 9. **JU Rheinland-Pfalz, Landestag, Bad Kreuznach**

ZITATE

Georg Leber und die „Linke“

Zum „Verzicht“ des SPD-Ministers Georg Leber auf seinen Frankfurter Wahlkreis schreibt der Chefredakteur der SPD-nahen „Neuen-Rhein-Zeitung“, Jens Feddersen, am 27. August 1975:

Es sind oft die kleinen Nachrichten, die die interne Situation einer Partei deutlich machen und einen politischen Trend bestätigen. Die Kurznotiz lautet: „Georg Leber verzichtet auf seine Kandidatur im Wahlkreis 140.“

Die Notiz hat ihre Geschichte. Der Minister ist es Jeid, stets und ständig von der ultralinken „Basis“ seines hessischen Wahlkreises Prügel zu beziehen. Das Kesseltreiben gegen ihn hatte in den letzten Monaten Formen angenommen, die Georg Leber keine andere Wahl ließen, wollte er nicht seine Selbstachtung preisgeben.

Karsten Voigt, ehemaliger Juso-Chef, hat in Nr. 140 sein Ziel erreicht. Er ist jetzt Spitzenkandidat des Wahlkreises. Sein Klinkenputzen hat sich ausgezahlt. Die „Linken“ und die Opportunisten haben ihn gegen Georg Leber durchgeboxt, und Rudi Arndt (Frankfurts OB) hat wissen lassen, der Verteidigungsminister sei „nicht mehr attraktiv genug für die Genossen“.

Für welche „Genossen“ nicht mehr attraktiv? Wohl für diejenigen, die von Wahl zu Wahl verlieren, weil der Bürger sich von

Anschritt:

der linken Programm-Ideologie abgestoßen fühlt.

Andere Kurznotizen runden das Bild von Hessen-Süd. In Bayern hat die SPD in knapp einem Jahr 8 000 Mitglieder verloren. Die CSU ist heute die mitgliederstärkste Partei des Freistaates, und in Baden-Württemberg hat die CDU seit einer Woche zum erstenmal mehr Mitglieder als die SPD. In Schleswig-Holstein wird gegen viele Proteste Klaus Rainer Rühl endgültig in die SPD aufgenommen — ein Mann, der stolz bekennt, von der SED „Hunderttausende von Mark“ erhalten zu haben.

Georg Leber, der gestandene Gewerkschaftler, hat für die SPD als Volkspartei ein immenses Vertrauenskapital gesammelt. Sein internationales Ansehen ist ein ganz dickes Plus für die Bundesrepublik.

Ein Mann wie Georg Leber ohne einen direkten Wahlkreis für die Bundestagswahl '76 ist — gelinde gesagt — eine politische Instinkttlosigkeit, die die Führung der SPD hätte alarmieren müssen. Aber geschehen ist nichts. So werden Wahlerfolge verspielt, und Helmut Schmidt wird sich fragen müssen, mit welcher Partei in seiner Partei er den nächsten Wahlkampf führen will.

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UjD